

Wem sollen Brücken gebaut werden?

Die päpstliche Aufhebung der Exkommunikation traditionalistischer Bischöfe ist klärungsbedürftig

Die Wiederaufnahme von vier Bischöfen der traditionalistischen Lefebvre-Bewegung in den Schoss der katholischen Kirche hat Kritik geerntet. Ein Skandalon ist nicht nur, dass sich unter den vieren ein notorischer Holocaustleugner befindet.

Der Streit um den Kurs der katholischen Kirche ist ein Streit um die Deutung des Zweiten Vatikanischen Konzils. Joseph Ratzinger hat wiederholt eine Hermeneutik des Bruchs abgelehnt, die das Reformkonzil als Beginn einer völlig neuen Epoche feiert, um die «vorkonziliaren» Traditionen ad acta legen zu können. Statt unter Berufung auf den Geist des Konzils über den Buchstaben der Texte hinauszugehen, gelte es, die Konzilsdokumente in Kontinuität zur bisherigen Lehrtradition zu lesen. Doch nicht nur auf progressiver, auch auf traditionalistischer Seite findet sich eine problematische Lesart, die der Vorstellung eines Bruchs anhängt. So haben der schismatische Erzbischof Marcel Lefebvre und seine Anhänger dem Konzil «Neo-Modernismus» und «Verrat an der Tradition» vorgeworfen – wobei sie selbst einem verengten Traditionsverständnis folgen, welches das Erbe der Pius-Päpste zementiert.

«Völlig inakzeptabel»

Zu einem symbolträchtigen Zeitpunkt, nämlich nahezu fünfzig Jahre nach der Konzilsankündigung durch Johannes XXIII. und am Ende der Gebetswoche für die Einheit der Christen, hat nun Benedikt XVI. die Exkommunikation der vier schismatischen Bischöfe der Lefebvre-Bewegung aufgehoben (NZZ 27. 1. 09). Damit ist der Ausschluss aus der katholischen Kirche, den Johannes Paul II. anlässlich der unerlaubten Bischofsweihe 1988 verfügt hatte, zurückgenommen. Diese versöhnliche Geste hat in der Öffentlichkeit, aber auch in Theologie und Kirche starke Irritationen hervorgerufen. Dass einer der Bischöfe ein notorischer Holocaustleugner ist, der von Rechtsradikalen euphorisch gefeiert wird, hat – verständlicherweise – eine zusätzliche Welle der Empörung ausgelöst.

Dem Papst, dem das jüdisch-christliche Gespräch ein Herzensanliegen ist, wurde von Kritikern bereits Sympathie für einen kruden Geschichtsrevisionismus unterstellt. Um solche Unterstellungen abzuweisen, hat Benedikt XVI. bei der gestrigen Generalaudienz seine «unerschütterliche Solidarität mit den Juden» bekräftigt und Auschwitz als «Mahnmal gegen jedes Vergessen und Leugnen» bezeichnet. Dennoch bleibt die Frage, wie ein Rechtsradikaler im Bischofsrang in die katholische Kirche aufgenommen werden konnte. Die Klarstellung des Vatikansprechers, dass es sich um eine «völlig inakzeptable» Privatmeinung handle, reicht zur Erklärung dieses Vorgangs nicht aus. War man in der Kurie nicht hinreichend informiert? Hat man die politische Brisanz des Schrittes falsch eingeschätzt? Auch die Pius-Bruderschaft hat sich inzwischen von den inkriminierten Äusserungen ihres Mitglieds distanziert und Bischof Williamson Redeverbot in politischen und historischen Fragen erteilt.

Jede Spaltung schwächt die Glaubwürdigkeit der Kirche. Das Anliegen des Papstes, das bestehende Schisma mit einer Gemeinschaft zu be-

enden, die weltweit mehrere hunderttausend Mitglieder zählt, ist daher nachvollziehbar. Als Pontifex hat er Brücken der Verständigung zu bauen. Dennoch ist es erstaunlich, dass das päpstliche Dekret die Aufhebung der Exkommunikation nicht an konkrete inhaltliche Bedingungen geknüpft hat. Sicher bedeutet die Rücknahme der Exkommunikation nicht schon die Rehabilitation, wie vielfach in den Medien unterstellt wurde; sie ist ein erster Schritt zur Wiederherstellung der vollen Gemeinschaft. Die vier illegitim geweihten Bischöfe der Bruderschaft bleiben einstweilen suspendiert und dürfen ihr Amt nicht ausüben. Allerdings haben sie bisher nur den päpstlichen Primat formell anerkannt; dass sie ihre Vorbehalte gegenüber dem Zweiten Vatikanum revidiert hätten, ist nicht bekanntgeworden.

Da ist zunächst die scharfe Kritik der Traditionalisten an der Liturgiereform Papst Pauls VI. Der neue Ritus habe die Idee des eucharistischen Opfers verdunkelt und dem subjektiven Belieben in der Liturgie Tor und Tür geöffnet. Demgegenüber gelte es am «unwandelbaren ewigen Ritus» der katholischen Kirche – wie der tridentinische Ritus von 1570 unhistorisch verklärt wird – festzuhalten. Durch seine liturgietheologischen Überlegungen zu einer Reform der Reform, vor allem aber durch seine 2007 verfügte Wiederzulassung des alten Ritus ist Benedikt XVI. diesen Bedenken bereits weit entgegengekommen.

Strittig ist weiter die ökumenische Öffnung des Konzils, die von Lefebvre und seinen Anhängern als Verrat an der katholischen Wahrheit, ja als häretischer Liberalismus angeprangert wird. Sollte eine solche Ökumenerweigerung durch hohe geistliche Würdenträger der katholischen Kirche vertreten werden können, stünde der Ertrag der nachkonziliaren Ökumene zur Disposition. Dies kann Benedikt XVI. als Papst aus dem Land der Reformation nicht wünschen. Kontrovers ist drittens die Anerkennung der Religions- und Gewissensfreiheit durch das Konzil. Die Lefebvre-Bewegung sieht auch hier eine Relativierung der katholischen Wahrheit am Werk und beruft sich auf Pius IX., der 1864 die Religionsfreiheit als Häresie verworfen hatte. Schliesslich hat das Zweite Vatikanum die Kollegialität der Bischöfe betont, um die vom Ersten Vatikanum fixierte Lehre vom Primat des Papstes ekklesiologisch einzubetten. Darin sehen Traditionalisten eine Demontage der päpstlichen Autorität – einer Autorität, die sie selbst durch Akte der Gehorsamsverweigerung gezielt untergraben haben.

Die Gefahr neuer Brüche

Das Zweite Vatikanische Konzil ist für das Selbstverständnis der katholischen Kirche und ihre Suchbewegungen in der Welt von heute unhintergebar. Sogenannte progressive und konservative Theologen berufen sich gleichermaßen auf die Dokumente, die durch den Weltepiskopat nahezu einmütig verabschiedet und von den Konzilspäpsten Johannes XXIII. und Paul VI. in Kraft gesetzt wurden. Es wäre ein skandalöser Rückschritt, wenn nun Bischöfe, die das Zweite Vatikanum offen in Frage stellen, in der Kirche Heimatrecht erhielten. Eine Gleichzeitigkeit nicht nur ungleichzeitiger, sondern auch widersprüchlicher Theologien wäre für die Kirche prekär. Das betrifft auch den latenten Antijudaismus,

der in traditionalistischen Kreisen nach wie vor verbreitet zu sein scheint.

Benedikt XVI. hat in der gestrigen Generalaudienz an die vier Bischöfe appelliert, nach der Aufhebung der Exkommunikation nun im Gegenzug die «Autorität des Papstes und des Zweiten Vatikanischen Konzils» anzuerkennen. Bleibt zu hoffen, dass dieser Appell nicht auf taube Ohren stösst. Seine Ablehnung einer Hermeneutik des Bruchs aber wird der Papst auch gegenüber den Traditionalisten konsequent durchhalten müssen, wenn der eingeschlagene Weg zur Einheit nicht neue Brüche hervortreiben soll.

Jan-Heiner Tück

Der Verfasser ist Privatdozent am Institut für systematische Theologie an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i. Br.